

Gerd Wiegel, Referat Demokratie, Migrations- und Antirassismuspolitik

15.03.2024

Kurzanalyse des AfD-Europawahlprogramms 2024

Die AfD steht für den D-Exit

Der D-Exit, **der Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union, ist das erklärte Ziel der AfD** mit Blick auf die Europawahlen 2024. Zwar hat die Partei den Begriff des Austritts oder des D-Exits in ihrem Europawahlprogramm penibel vermieden, aber auf nichts anderes als die Herauslösung Deutschlands aus der EU läuft die Programmatik der Partei hinaus. Die Ko-Vorsitzende von Partei und Bundestagsfraktion, Alice Weidel, hat diesen Kern der AfD-Pläne für die EU in einem Interview selbst auf den Punkt gebracht: Wenn sich die gesamte EU nicht nach den Vorstellungen der AfD verändert, wird die Partei, sobald sie die politische Möglichkeit dazu hat, ein **Referendum mit dem Ziel des EU-Austritts** auf den Weg bringen. (<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/dexit-afd-chefin-weidel-bringt-austritt-deutschlands-aus-der-eu-ins-spiel/100009315.html>) Für den Wirtschaftsstandort Deutschland und für die Sicherheit von Arbeitsplätzen hätte ein solcher Austritt dramatische Folgen: 54,6 Prozent der deutschen Exporte gehen in die EU, wer dieses Standbein der Wirtschaft absägt, gefährdet den Wohlstand aller (vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/226630/umfrage/anteil-des-eu-handels-am-deutschen-exporthandel/>).

Während in Großbritannien selbst die Konservativen das Desaster des Brexits einräumen müssen, und sich all die Lügen und Versprechungen, welche positive Folge ein solcher Austritt hätte, nicht

bewahrheitet haben, sieht Weidel den britischen Weg als Vorbild für Deutschland.

Kampfansage zur Rückabwicklung der EU

So ist das Europawahlprogramm der AfD weniger eine Auflistung von Vorschlägen und Vorhaben für eine Politik auf europäischer Ebene, als vielmehr eine Kampfansage und **ein Programm zur Rückabwicklung der EU**.

Gleich in der Präambel heißt es unmissverständlich: „Wir halten die EU für nicht reformierbar und sehen sie als gescheitertes Projekt.“ (S. 9, alle Seitenzahlen beziehen sich auf das EU-Wahlprogramm der AfD, vgl. <https://www.afd.de/europawahlprogramm2024/>) Von einem „Versagen der EU in allen Bereichen“ (8) wird gesprochen, insbesondere bei der Migration, die in verschwörungstheoretischer Manier als „fahrlässig herbeigeführte Migrationskrise“ (8) bezeichnet wird, ganz im Sinne der von der extremen Rechten immer wieder aufgestellten Behauptung, „die Eliten“ planten eine „Umwolung“.

Globale Probleme, die sich im nationalstaatlichen Rahmen nicht lösen lassen, werden von der AfD ignoriert bzw. schlicht geleugnet. So ist vom „Dogma des menschengemachten Klimawandels“ (8) die Rede, der von der EU nur als Vorwand zur Kompetenzerweiterung genutzt werde. Jede Form der vertiefenden Integration der EU wird von der AfD abgelehnt, ohne dass sie jedoch auf den

zentralen wirtschaftspolitischen Vorteil des EU-Binnenmarktes für Deutschland und die deutsche Wirtschaft verzichten will.

An die Stelle der EU soll ein „*Bund europäischer Nationen*“ treten, dessen zentrale gemeinsamen Merkmale „(1) ein gemeinsamer Markt, (2) de(r) wirksame Schutz der Außengrenzen gegen illegale Zuwanderung, (3) die Erlangung strategischer Autonomie im sicherheitspolitischen Handeln und (4) die Bewahrung der europäischen Kultur und ihrer verschiedenen Identitäten“ (9) sein soll.

Die **Festung Europa mit einem von Deutschland dominierten Binnenmarkt**, der Abwendung von den USA und einem ethnisch-völkischem Kulturverständnis – das ist die europäische Zukunftsvision der AfD. Dabei ist es natürlich völlig illusorisch, dass sich die gesamte Europäische Union auflöst, nur weil die AfD in Deutschland ein Referendum zum D-Exit einleiten will. Vielmehr wären der Ausschluss aus Wirtschafts- und Zollunion und damit der Verlust des wichtigsten deutschen Exportmarkts die Folgen – ein gigantischer Schlag gegen den Wirtschaftsstandort. Auf mehr als 83 Milliarden Euro werden die jährlichen Gewinnen Deutschlands durch den EU-Binnenmarkt geschätzt. Dieses Geld wäre mit einem D-Exit weg.

Ganz offen kündigt die Partei an, die kommende Wahlperiode des Europaparlaments dafür zu nutzen, **Mehrheiten für eine Abwicklung der EU zu schmieden**. Wie sie das konkret machen will bleibt unklar, denn wenige Absätze nach dieser Ankündigung **fordert die AfD, das EU-Parlament abzuschaffen** („*Das undemokratisch gewählte EU-Parlament wollen wir abschaffen*“ (11)). Es bleibt das Geheimnis dieser Partei, wie angestrebte Mehrheiten für die Abwicklung der EU dann wirksam werden sollen.

AfD in Europa: Isoliert auch innerhalb des rechten Lagers

Die seit nunmehr neun Jahren anhaltende **Radikalisierung der AfD** zu einer eindeutigen Partei der extremen Rechten **hat zu einer Isolierung auch innerhalb der europäischen radikalen Rechten**

geführt. Während viele Parteien dieses Typs politisch eher in die Mitte streben und einige radikale Ideologeelemente in der alltäglichen Politik hinter sich lassen, geht die AfD gegenwärtig den gegenteiligen Weg.

Von einer „Melonisierung“, die unbedingt vermieden werden müsse, sprechen führende Vertreter wie EU-Spitzenkandidat Maximilian Krah oder der rechtsextreme Ideologe Martin Sellner (<https://derstatus.at/welt/meloni-auf-merkel-kurs-distanz-zur-afd-kniefall-vor-usa-treueschwur-an-kiew-1918.html>; <https://sezession.de/68173/die-melonisierung-des-patriotischen-europas-verhindern>).

Keine Kompromisse, keine Anpassung mit Blick auf die EU – das ist die Linie, mit der die Partei in den Wahlkampf zieht. Das führt dazu, dass **Partnerparteien der AfD mittlerweile auf Distanz** gehen. So wurde die AfD zu einem zentralen Treffen der europäischen Rechtsparteien von Ungarns Ministerpräsident Orbán mit Verweis auf ihre Radikalisierung nicht eingeladen. Und auch die unter dem verharmlosenden Stichwort „Remigration“ im Umfeld der AfD diskutierten Pläne einer massenhaften Abschiebung von Menschen mit Migrationsgeschichte stießen bei Marine Le Pen auf deutliche Vorbehalte, die daraufhin sogar eine Fraktionsgemeinschaft mit der AfD nach der Europawahl unter Vorbehalt stellte (<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/le-pen-drohung-afd-eu-fraktion-100.html>).

Arbeit und Soziales: keine Themen für die AfD in Europa

Kein Wort zu Wirtschaft und Soziales auf den ersten zwanzig Seiten des AfD-Wahlprogramms – das zeigt, welchen geringen Stellenwert diese Themen für die Partei haben. Stattdessen wird die „Festung Europa“ als zentrale und einzig wirkliche Gemeinschaftsaufgabe der EU ausgegeben, bis es zum von der AfD angestrebten Austritt kommt.

In diesem Zusammenhang solle es auch zu einer **Verschärfung der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit** (S. 18) kommen, verbunden mit der Forderung, „den Anspruch auf steuerfinanzierte Sozialleistungen von einer mindestens zehnjährigen, durchgängigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung

ohne staatliche Zuschüsse abhängig zu machen.“ (ebd.) Das klare Ziel hinter solche Forderungen ist die **Abriegelung des deutschen Arbeitsmarktes**. Angesichts der Fachkräftelücke und auch sonstiger Probleme auf dem Arbeitsmarkt ein aberwitziger Vorschlag. Ca. 2,8 Millionen Menschen aus anderen EU-Staaten arbeiten gegenwärtig in Deutschland. Nach einem D-Exit müssten sie komplizierte Visa-verfahren durchlaufen. Die Folge: der Fachkräftemangel würde noch größer.

Mit Blick auf Pflegepersonal in Altenheimen und Krankenhäusern oder die 24-Stunden-Betreuung älterer Menschen wird schnell deutlich, wie **realitätsfern** solche Vorschläge sind. **Ideologie schlägt Realität**, wie auch folgender Satz im AfD-Wahlprogramm deutlich macht: „Auch technologische Lösungen wie künstliche Intelligenz (KI), Robotik und Digitalisierung, die menschliche Arbeit ersetzen können (...) haben Vorrang vor Zuwanderung.“ (S. 19) Es sind vor allem die Bereiche Pflege, Landwirtschaft, Kurier- und Paketdienst, die Fleischindustrie u.ä., in denen die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit eine größere Rolle spielt. KI und Robotik dürften hier kaum helfen und die eigene Mutter möchte man sicherlich lieber von einer gut ausgebildeten und gut bezahlten Pflegekraft als vom Roboter umsorgt sehen.

Wirtschafts- und finanzpolitisch zielen die AfD-Forderungen klar auf die Zerstörung des Exportmodells Deutschland. Mag sich die Forderung, jede Vergemeinschaftung von Schulden der EU-Länder zu unterbinden, aus nationaler Sicht noch gut anhören, steckt dahinter die Verweigerung jeglicher wirtschaftlicher oder sozialer Ausgleichsmaßnahmen innerhalb der EU. Das fördert letztlich die Spaltung der EU, führt zu verstärktem Migrationsdruck und gefährdet auch deutsche Exporte, die für zahlreiche Länder schlicht zu teuer werden. Das neoliberale Mantra „Wettbewerb statt Bürokratie“ (S. 23) wird von der AfD aufgewärmt, verbunden mit der **Absage an minimale soziale Standards**. So wird das EU-Lieferkettengesetz, mit dem Verstöße z.B. gegen Menschenrechte und Umweltstandards geahndet werden sollen, von der AfD im Verbund mit FDP und CDU abgelehnt.

Sozialpolitisch ist die **AfD gegen jede Vereinheitlichung von sozialen Mindeststandards** auf europäischer Ebene. „Keine europäische Sozialunion“ (S. 25) lautet dementsprechend eine Überschrift im Programm. Hier heißt es, „keinesfalls darf es zu einer Vereinheitlichung von Sozialsystemen kommen“ (ebd.) und eine europäische Arbeitslosenversicherung wird von der AfD abgelehnt.

Während die Partei generell eine neoliberale Linie verfolgt, setzt sie mit Blick auf ihre nicht unerhebliche Wähler*innengruppe unter abhängig Beschäftigten **einzelne sozialpolitische Duftmarken**. So fordert die AfD im Wahlprogramm eine gleiche Entlohnung für EU-Arbeitnehmer*innen wie für inländische Beschäftigte und mehr Kontrollen, um den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen zu verhindern (S. 24).

Dass die **AfD mit ihrer Politik Teil des Eigentumsblocks** ist, macht sie im Kapitel zu Steuern und Finanzen deutlich. Als nationalistischer Anwalt vor allem des Mittelstandes will sie zwar eine strengere Besteuerung internationaler Großkonzerne (S. 26), tritt aber gleichzeitig für einen **Steuerwettbewerb nach unten** ein, mit dem deutsche Unternehmen, unabhängig von sprudelnden Gewinnen, Steuervorteile bekommen sollen. Eine Finanztransaktionssteuer zur Abschöpfung von Spekulationsgewinnen lehnt die Partei dagegen ab (S. 27).

Außenpolitik: Äquidistanz zu Russland und den USA und europäische Aufrüstung

Während die völkische Rechte um Björn Höcke für eine klare Anlehnung an Russland und die Abwendung vom Westen und den USA steht, ist diese Position in den westdeutschen Landesverbänden der AfD nicht vermittelbar. Entsprechend uneindeutig bleiben die Passagen des Wahlprogramms zur Außenpolitik im Rahmen der EU. Die Partnerschaft mit den USA soll „auf Augenhöhe“ erfolgen, von den geopolitischen Interessen der USA will man sich aber fernhalten. Mit Blick auf Russland möchte man zurück zum alten Verhältnis des Lieferanten billiger Energie, wie es vor dem Überfall auf die Ukraine der Fall war. Hierzu sollen alle **Sanktionen**

sofort und ohne Vorbedingungen aufgehoben werden (S. 29).

Sicherheitspolitisch soll Europa eigenständiger werden, weshalb die AfD die „*Bündelung der militärischen Fähigkeiten der Staaten in einem eigenen System kollektiver Sicherheit*“ (S. 30) anstrebt. Das soll nicht im Rahmen europäischer Strukturen, sondern in der Verantwortung „*souveräner Nationalstaaten*“ geschehen. Als Folge einer solchen Neuorientierung soll die **Wehrpflicht wieder eingeführt** und eine **Ausweitung des Rüstungsetats** vorgenommen werden (S. 31).

Nationale Sicht verstellt den Blick für Lösungen

Kriege, Klimaveränderungen, internationale Migrationsbewegungen, Inflation oder Börsencrash – die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass **zentrale Probleme und Entwicklungen nicht mehr im nationalstaatlichen Rahmen zu lösen** sind. Auch wenn der Nationalstaat bis auf Weiteres der zentrale demokratisch legitimierte Bezugspunkt für die meisten Menschen bleibt, ist doch klar, dass es ohne eine funktionierende übernationale Ebene nicht geht. Gerade die Beschäftigten sind auf eine Absicherung ihrer Interessen auch im internationalen Kontext angewiesen.

In einer solchen Zeit internationaler Herausforderungen will die AfD Deutschland aus der wichtigsten, sicherlich verbesserungswürdigen und -bedürftigen europäischen Struktur – der EU – herauslösen. Das kann nur planen, wer die globalen Probleme ignoriert, leugnet oder umdeutet. CO₂-Grenzwerte und Klimavereinbarungen: braucht es nicht, weil es den Klimawandel nicht gibt. Soziale Mindeststandards in der EU: braucht es nicht, weil wir uns vom Ausland abschotten. Eine europäische Migrationspolitik, mit der Geflüchtete geschützt und Fachkräfte gewonnen werden können: braucht es nicht, weil wir homogen deutsch bleiben wollen und die Fachkräftefrage über mehr Geburten lösen.

Gewerkschaften haben zwar auch etliche konkrete Kritikpunkte an der Ausprägung der EU

und Forderungen für ihre Reform, sind aber dennoch überzeugt, dass die EU zentral für Frieden und Wohlstand in Europa ist (vgl. <https://www.dgb.de/++co++9b9051dc-bb9a-11ee-adcc-001a4a160123>).

Die im AfD-Wahlprogramm angelegte Abwicklung der EU, verbunden mit einer Rückkehr zu einem Europa der vor allem an den Eigeninteressen orientierten Nationalstaaten **ist ein gefährlicher Rückschritt und nicht zukunftsweisend**. Er führt zurück in eine Konstellation nationaler Konkurrenz, deren Auswirkungen und Extreme die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts gekennzeichnet haben.